

Unterstützung des Drohnenkriegs der USA durch Einrichtungen in Rheinland-Pfalz beenden – Beschaffung von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr stoppen

In jüngster Zeit haben sich glaubhafte und nachvollziehbare Hinweise weiter verdichtet, dass auch von deutschem Boden aus eine Steuerung von und eine Beteiligung an Drohneneinsätzen der USA vor allem auf der arabischen Halbinsel, in Ost-Afrika sowie Afghanistan und Pakistan stattfindet. So sollen insbesondere Einrichtungen des amerikanischen Militärs in Ramstein, insbesondere die Flugleitzentrale (Air and Space Operations Center), nicht nur als Verbindungsstationen für Satellitensignale dienen, sondern auch an der Zielauswahl für Einsätze bewaffneter Drohnen beteiligt sein. Die Vereinigten Staaten nutzen bewaffnete Drohnen für extralegale, gezielte Tötungen jenseits bewaffneter Konflikte. Dieses Vorgehen ist ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Die USA müssen deshalb den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg, insbesondere auch von US-Stützpunkten in Rheinland-Pfalz, sofort beenden. Es ist zu verhindern, dass es durch die Duldung der derzeitigen Praxis der gezielten Tötungen außerhalb von bewaffneten Konflikten zu einer Änderung des Völkerrechts im Sinne von Gewohnheitsrecht kommt. Ebenso gibt es Hinweise, dass deutsche Nachrichtendienste Mobilfunkdaten verdächtiger Personen an US-amerikanische Einrichtungen übermitteln. Diese können dazu verwendet werden, Personen zu orten mit dem Zweck einer gezielten Tötung durch einen Drohnenangriff. Bis heute verweigert die Bundesregierung trotz zahlreicher Hinweise eine Auskunft, ob und in welchem Umfang ein solcher Datenaustausch erfolgt.

Ungeachtet der Tatsache, dass bewaffnete Drohnen bisher vor allem für gezielte völkerrechtswidrige Tötungen verwendet wurden, sprechen sich CDU/CSU für die Beschaffung und Nutzung solcher Waffensysteme auch in Deutschland aus. Ursula von der Leyen und die Bundesregierung planen noch in dieser Legislaturperiode zumindest

bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen. Auch schloss sich Deutschland mit sechs weiteren EU-Mitgliedstaaten zusammen, mit dem Ziel, ein europäisches bewaffnungsfähiges Drohnensystem zu entwickeln. Der Übergang zu bewaffneten Einsätzen solcher Systeme auch durch deutsche Soldaten ist damit fließend. Während das Verteidigungsministerium seine Beschaffungspläne vor allem mit Schutz von Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen begründet und dabei außer Acht lässt, dass auch schon bisher ein solcher Schutz ohne den Einsatz von Kampfdrohnen möglich ist, ignoriert die Bundesregierung die Vielzahl rechtlicher, ethischer und sicherheitspolitischer Fragen, die eine Nutzung und weitere Verbreitung solche Systeme aufwirft. Zudem besteht das Risiko, dass durch die verstärkte Nutzung bewaffneter bzw. bewaffnungsfähiger Drohnen ein Rüstungswettlauf entsteht, der zur Entwicklung und Nutzung sogenannter autonomer Waffensystemen führen kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz sprechen sich für eine sofortige Einstellung der völkerrechtswidrigen Aktivitäten von rheinland-pfälzischen Boden aus und fordern:

- 1.) eine öffentliche Debatte über den Einsatz von Drohnen und die Beteiligung US-amerikanischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht, Grundgesetz und der Landesverfassung. Als Forum für eine solche, kritische Debatte bietet sich die neue Friedensakademie Rheinland-Pfalz an.
- 2.) eine Stellungnahme der Bundesregierung über ihre Erkenntnisse zur Beteiligung US-amerikanischer Einrichtungen in Deutschland an solchen Einsätzen und möglicher Unterstützung durch deutsche Nachrichtendienste durch die Weitergabe von Informationen über Personen. Vor Ort stationierte Verbindungsoffiziere der Bundeswehr sollen über ihre Erkenntnisse Bericht erstatten dürfen.
- 3.) das Bundesverteidigungsministerium auf, von einer Beschaffung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen abzusehen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf internationaler Ebene für eine Ächtung autonomer Waffensysteme besonders im Hinblick auf ihrem Einsatz als Träger von Massenvernichtungswaffen einzusetzen.
- 4.) mit Nachdruck die Einhaltung des Völkerrechts und entsprechend mehr Transparenz in der Verwicklung rheinland-pfälzischer Hochschulen bei der Entwicklung, Förderung und Nutzung solcher Systeme.